

Für eine humane Stadt Hamburg: In akuten Notlagen darf der Zugang zu Schutzunterkünften nicht am Aufenthaltstitel scheitern

Der praktische Einsatz für Menschenrechte, insbesondere für marginalisierte Gruppen, ist unser Auftrag und unsere Verantwortung als Sozialarbeitende und Berater*innen. Wir beraten und unterstützen in unseren Einrichtungen Menschen, die sich in akuten humanitären Notlagen an uns wenden.

Dazu zählen auch Menschen ohne Papiere, Unionsbürger*innen ohne Sozialleistungsansprüche, darunter vulnerable Personen wie Kinder, Schwangere, Kranke, Betroffene von Gewalt und Menschenhandel und weitere Schutzbedürftige. Dieser Personenkreis ist häufig von Obdachlosigkeit betroffen. Da die behördlichen Unterstützungsangebote aus Angst vor Meldung an die Ausländerbehörde nicht aufgesucht werden, besteht hier ein besonderes Problem: **Aktuell besteht ein dringender Bedarf an sicheren Unterkünften für schutzbedürftige Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus und/oder Sozialleistungsansprüche.**

Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus ist der Zugang zu Sozialleistungen versperrt. Die Meldung bei den Behörden und Beantragung von Leistungen, beispielsweise nach AsylbLG, beinhaltet erhebliche Abschiebungsrisiken, weshalb Betroffene sie erst nach einer gründlichen rechtlichen Beratung und Klärung ihrer Perspektiven wagen sollten. Aber auch **viele EU-Bürger*innen, gerade in prekären Beschäftigungsverhältnissen, sind durch § 7 SGB II vom Leistungsausschluss betroffen.**

Dadurch fehlt es in Notsituationen mit akuter Obdachlosigkeit an Unterstützung in herkömmlichen Einrichtungen für Wohnungslose, wie Fachstellen für Wohnungsnotfälle oder städtischen Unterkünften. Nötig wären Unterkünfte und Schutzräume für wohnungslose Menschen, die auch anonym genutzt werden können und damit unabhängig von Aufenthaltsstatus und Sozialleistungsansprüchen zugänglich sind. Freie Träger der Wohnungslosenhilfe können Menschen ohne Sozialleistungsansprüche aufgrund ihrer Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung nur begrenzt und auf eigene Kosten aufnehmen.

Die einzige städtische Anlaufstelle für diese Zielgruppe, das Winternotprogramm, ist nur in den Wintermonaten verfügbar, besteht hauptsächlich aus Mehrbettzimmern und kann nur über die Nacht bewohnt werden. Dies führt dazu, dass Menschen in Krisensituationen nur kurzfristig und unzureichend geschützt untergebracht werden können, ohne ausreichende Stabilität oder Entwicklungsmöglichkeiten. Ein weiteres Problem: Das Winternotprogramm kann keine Familien aufnehmen, obwohl gerade Kinder dringend Schutz benötigen.

Daher fehlt es an sicheren Unterbringungsmöglichkeiten für Familien und auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, zumal nach Beendigung des Winternotprogramms. Betroffene sind bei akuter Obdachlosigkeit gezwungen, im Freien zu übernachten, was sie besonders anfällig für (Re-)Viktimisierung macht.

Die Notlagen der Betroffenen, die aufgrund ihres irregulären Aufenthaltsstatus' durch da Raster elementarer Notversorgung fallen, nehmen wir als äußerst prekär wahr. Oft sind auch wir in unseren Einrichtungen ohnmächtig bei der Suche nach nötigen Schutzräumen. Vor allem für vulnerable und zusätzlich von Rassismus betroffene Personengruppen ist dies zusätzlich gefährdend:

- Wir erleben zum Beispiel Menschen, die **Opfer von Gewalt** wurden und unvorbereitet aus ihren bisherigen Wohnräumen fliehen müssen.
- **Auch Betroffene von Menschenhandel** und Ausbeutung, die Zeit brauchen, um sich über ihre rechtliche Situation zu informieren, sind häufig obdachlos.
- Gerade **trans* Menschen**, die besonders vulnerabel durch Gewalt und Diskriminierung sind, erhalten in vielen Unterkünften keinen ausreichenden Schutz.
- Uns begegnen **Menschen, die unerwartet schwer erkranken** und dadurch von heute auf morgen ihre Unterkünfte und Arbeitsstellen verlieren.
- **Schwangere oder Mütter mit kleinen Kindern** stehen etwa nach einer Kündigung oder Trennung völlig mittel- und obdachlos da, was eine akute Kindeswohlgefährdung bedeutet.

Häufig würde ein Schutzraum für eine begrenzte Zeit ausreichen, in denen die ersten rudimentären Bedürfnisse befriedigt werden, eine medizinische Versorgung stattfinden und in einem geschützten Rahmen eine rechtliche Perspektive entwickelt werden kann. Orientierung in akuten Krisensituationen erfordert einen geschützten Raum! Dabei handelt es sich nur um eine geringe Zahl an betroffenen Menschen, die aber mit ganzer existenzieller Härte vom Ausschluss von Sozialleistungen getroffen sind.

Das Fehlen von sicheren Unterkünften und Unterstützungsangeboten bringt sie in Situationen, in denen ihre Sicherheit und ihre grundlegende menschliche Würde nicht mehr gewährleistet sind. Wir fordern Sie auf, sich für die Umsetzung der Menschenrechte einzusetzen, auch für diesen Personenkreis. Dazu gehören unserer Ansicht nach folgende Aspekte:

1. **Ausbau von sicheren Schutzunterkünften, auch für undokumentierte Personen:** In Fällen akuter und unfreiwilliger Wohnungslosigkeit benötigen Betroffene eine Unterkunft. Insbesondere die oben benannten besonders vulnerablen Personengruppen sind auf geschützte Unterbringungslösungen angewiesen. Investieren Sie in den Ausbau von sicheren Notunterkünften für alle wohnungslosen Menschen, die anonym und damit unabhängig vom Aufenthaltsstatus genutzt werden können.
2. **Finanzierung und Sicherung unabhängiger Beratung:** Setzen Sie sich für eine erhöhte staatliche Finanzierung von NGOs und gemeinnützigen Organisationen ein, die Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder EU-Bürger*innen mit Leistungsausschluss unterstützen und Perspektivklärung, Rechtsbeistand, Sozialberatung und lebenspraktische Hilfe ermöglichen, die all diesen Menschen dringend fehlen. NGOs leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Menschenwürde und Menschenrechten in dieser Stadt. Sie nehmen damit Aufgaben wahr, die eigentlich rechts- und sozialstaatliche Verpflichtungen für Stadt und Staat sind.
3. **Veränderung der gesetzlichen Regelungen, z.B. die Abschaffung der Übermittlungspflicht:** Setzen Sie sich aktiv für legislative Vorhaben ein, die den Zugang zum Hilfesystem für alle sicherstellen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Wir erleben diese Probleme und Herausforderungen in unserer Arbeit tagtäglich. Wir möchten Ihnen hiermit, neben obenstehenden Forderungen, ein Angebot zum Gespräch unterbreiten, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, diesen Bedarfen zu begegnen. Als Vertreter*innen der Zivilgesellschaft unterstützen wir Sie gerne dabei, Ihrer Verantwortung für alle Menschen in dieser Stadt gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen,

- 24/7 Zentrale Notaufnahme der Hamburger Frauenhäuser
- ajs AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e.V.
- Alte Schule/ Wir für Niendorf e.V.
- Amnesty for Women e.V
- Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft e.V.
- Fachstelle Migration und Asyl Kirchenkreis Hamburg-Ost
- Flüchtlingsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland
- 1&3 Hamburger Frauenhaus e.V.
- 2. Hamburger Frauenhaus e.V.
- 5. Hamburger Frauenhaus e.V.
- 6. Autonomes Frauenhaus Hamburg
- Interkulturelle Begegnungsstätte IKB e.V. mit LÂLE
- KOOFRA e.V. Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel
- Luthergarten und Regerhof - Flüchtlingshilfe & Stadtteildiakonie, Luthergemeinde Bahrenfeld
- Hamburg Asyl (AG kirchliche Flüchtlingsarbeit)
- Medibüro Hamburg
- MiMi Hamburg
- Ökumenische Arbeitsstelle Weitblick Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein
- verikom gGmbH
- Willkommenskulturhaus Kirchengemeinde Ottensen

Kontakt:

KOOFRA e.V.
Koordinierungsstelle
gegen Frauenhandel

info@koofra.de
Tel.: 040 67999757

Lourdes Martínez
Sozialarbeiterin
Amnesty for Women e.V.

lourdes.martinez@amnestyforwomen.de
Tel.: 040 384753

Marian Laue
Evangelisch-Lutherischer
Kirchenkreis Hamburg-Ost
Migration und Asyl

m.laue@kirche-hamburg-ost.de
Mobil: 0176 11432071

24/7
**KEINE GEWALT
 GEGEN FRAUEN**
 SOFORTHILFE & SCHUTZ
 DIE HAMBURGER FRAUENHÄUSER
 ☎ [040] 8000 4 1000

ajs Hamburg
 AG Kinder- und Jugendschutz
 Hamburg e.V.



**Amnesty
 for Women**



Brot & Rosen
 Diakonische Basisgemeinschaft in Hamburg

+ **Evangelisch-Lutherischer
 Kirchenkreis Hamburg-Ost**
 Fachstelle Migration und Asyl

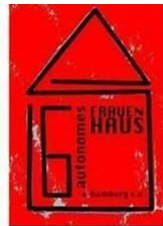
+ **Flüchtlingsbeauftragte**
 Evangelisch-Lutherische
 Kirche in Norddeutschland

Frauen helfen Frauen
 Hamburg e.V.

2. Hamburger Frauenhaus e.V.



5.
**HAMBURGER
 FRAUENHAUS E.V.**



**Interkulturelle
 Begegnungsstätte**
 IKB e.V.

KOOFRA
 Koordinierungsstelle
 gegen Frauenhandel e.V.

Luthergemeinde Bahrenfeld
Regenhof Flüchtlingshilfe
 Stadtteildiakonie
Luthergarten
 Bildungsort &
 Gemeinschaftsgarten

hamburgasyl
 Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit



MiMi **Mit Migranten für Migranten**
 Interkulturelle Gesundheit in Hamburg

verikom

WEITBLICK
 Ökumenische
 Arbeitsstelle

